

## Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

### Nahrungsmittelversorgung sicherstellen – Selbstversorgungsgrad in Deutschland und Europa erhalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Auswirkungen der Corona-Krise sowie die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben vielen Menschen vor Augen geführt, dass eine ausreichende Versorgung mit vielfältigen Lebensmitteln nicht selbstverständlich ist. Es wurde auch deutlich, wie wichtig es ist, sich nicht in eine komplette Abhängigkeit einzelner Drittstaaten zu begeben. Vielmehr gilt es dafür zu sorgen, dass Deutschland und die Europäische Union sich so weit wie irgend möglich selbständig mit Nahrungsmitteln versorgen beziehungsweise auf vielfältige Lieferketten und Handelspartner setzen können. Dies gilt es bei allen relevanten politischen Entscheidungen sicherzustellen.

Im Durchschnitt der vergangenen Jahre lag der Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln in Deutschland bei rund 80 Prozent, wobei hier sehr hohe Unterschiede zu verzeichnen sind. So konnte im Jahr 2020 der Bedarf an Obst nur zu 20 Prozent aus heimischer Erzeugung gedeckt werden, der Selbstversorgungsgrad bei Kartoffeln betrug dagegen 145 Prozent (vgl. [www.ble.de/DE/BZL/Informationsgrafiken/informationsgrafiken\\_node.html#:~:text=Insgesamt%20lag%20in%20Deutschland%20der,Selbstversorgungsgrad%20bei%20Kartoffeln%20145%20Prozent](http://www.ble.de/DE/BZL/Informationsgrafiken/informationsgrafiken_node.html#:~:text=Insgesamt%20lag%20in%20Deutschland%20der,Selbstversorgungsgrad%20bei%20Kartoffeln%20145%20Prozent)).

Der hohe Selbstversorgungsgrad bei landwirtschaftlichen Produkten in Deutschland und Europa ist kein Naturgesetz. Aufgrund des trockenen Sommers 2022 liegt nach Schätzungen der EU-Kommission die EU-Getreideernte um fast 8 Prozent unter dem Vorjahresergebnis und unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Im Süden Europas sehen wir bereits heute deutlich rückläufige Niederschlagsmengen, niedrigere Grundwasserstände und geringere Ernteerträge als vor wenigen Jahrzehnten ([www.deutschlandfunk.de/spanien-trockenheit-100.html](http://www.deutschlandfunk.de/spanien-trockenheit-100.html)). Dabei ist der Mittelmeerraum für die Versorgungssicherheit in Europa, etwa bei Obst und Gemüse, von zentraler Bedeutung. Mittlerweile gibt es erste Anzeichen, dass es in Bereichen, in denen Deutschland stets eine ausreichende landwirtschaftliche Erzeugung hatte, bald zu Mangelsituationen kommen könnte. So droht unter anderem bei Schweine- und Rindfleisch der Selbstversorgungsgrad auf unter 100 Prozent zu sinken ([www.wochenblatt-dlv.de/maerkte/deutsches-fleisch-mangelware-571197](http://www.wochenblatt-dlv.de/maerkte/deutsches-fleisch-mangelware-571197)).

Durch strenge nationale und europäische Auflagen, Flächenstilllegungen oder den Verzicht auf neue Technologien werden aber Rahmenbedingungen gesetzt, die dafür sorgen, dass landwirtschaftliche Produktion und Erträge in Deutschland und Europa zurückgehen werden. Damit einhergehend und infolge der nicht mehr abwendbaren

Folgen des Klimawandels könnten neue und stärkere Importabhängigkeiten bei der Nahrungsmittelversorgung drohen, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,
1. sich dafür einzusetzen, dass der Green Deal der Europäischen Union neu gedacht wird. Die Ziele des Green Deals weiterhin erreicht werden, aber im landwirtschaftlichen Bereich müssen die Fragen der Ernährungs- und Versorgungssicherheit sowie der Resilienz der Ernährungssysteme bei der Zielerreichung deutlich in den Vordergrund gerückt werden. Insbesondere pauschale Zielvorgaben hinsichtlich der Reduktion bei der Düngung oder beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sind zu streichen. Reduktionsziele müssen immer auf wissenschaftlicher Grundlage verbunden mit einer umfassenden Folgenabschätzung für die Ernährungs- und Versorgungssicherheit definiert werden;
  2. sich dafür einzusetzen, dass es beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nicht zu einem generellen Verbot in den sogenannten sensiblen Gebieten kommt, wie es die EU-Kommission in ihrem ursprünglichen Vorschlag über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln vorsieht;
  3. sich dafür einzusetzen, dass der Anwendungsbereich der EU-Industrieemissionsrichtlinie im Bereich der landwirtschaftlichen Tierhaltung nicht ausgeweitet wird;
  4. den Umbau der Nutztierhaltung auf Grundlage der Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung („Borchert-Kommission“) unverzüglich anzugehen und die langfristige Finanzierung sicherzustellen;
  5. auf eine zeitnahe Novellierung des europäischen Gentechnikrechtes hinzuwirken und in diesem Rahmen einen innovationsfreundlichen europäischen Rechtsrahmen für neue Züchtungsmethoden zu schaffen;
  6. zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Bewältigung der nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels und zum Schutz der Biodiversität keine ideologiegetriebene Politik weiter zu verfolgen, sondern einer wissenschaftsorientierten Agrar- und Ernährungspolitik endlich Vorrang zu geben. Hierzu gehört unter anderem die Möglichkeit, Landwirtinnen und Landwirten mithilfe sogenannter neuer genomischer Techniken (NGT) Werkzeuge und Mittel an die Hand zu geben, um ressourcenschonend und effizient zu wirtschaften;
  7. auch der Erzeugung von Nahrungsmitteln im Rahmen der Nationalen Wasserstrategie, im Sinne der Ernährungssicherung, eine hohe Priorität einzuräumen;
  8. das betriebliche Risikomanagement landwirtschaftlicher Unternehmen zu stärken und mit der Wissenschaft und Wirtschaft zu erweitern.

Berlin, den 17. Januar 2023

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**

## Begründung

Die von Bundeskanzler Scholz ausgerufene „Zeitenwende“ muss sich auch in der europäischen und nationalen Agrar- und Ernährungspolitik umfassend widerspiegeln. Deutschland und Europa müssen ihre land- und forstwirtschaftlichen Stärken in der aktuell äußerst angespannten Lage erhalten und ausbauen, einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln erreichen, auf vielfältige Lieferketten und Handelspartner im Lebensmittelsektor setzen und ihrer Verantwortung für andere Regionen gerecht werden.

Vor diesem Hintergrund ist der Green Deal neu auszurichten und zu aktualisieren. Ziel des Green Deals ist der Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft, die insbesondere bis zum Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgase mehr ausstößt, niemanden, weder Mensch noch Region, im Stich lässt und ihr Wachstum von der Ressourcennutzung abkoppelt. Das Coronavirus, der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die damit einhergehenden Marktverwerfungen, Preisentwicklungen auf den Energiemärkten sowie Einschränkungen in den Lieferketten verdeutlichen, dass der Green Deal und die darin enthaltenen einzelnen Strategien und Konzeptionen insbesondere in den Bereichen Ernährung und Landwirtschaft zwingend an die neue Lage und Bedrohung angepasst werden müssen. Deutschland darf in unserem vereinten Europa nicht aus ideologischen Gründen auf der politischen Bremse stehen, sondern muss die „Zeitenwende“ in allen Bereichen konsequent umsetzen.

Um Erträge stabil zu erhalten und Ernten zu sichern, ist ein bestmöglicher Pflanzenschutz notwendig. Pauschale Reduktionsziele stehen dem entgegen. Vielmehr müssen bei Vorschriften zur Verringerung von Pflanzenschutzmitteln Bedarfsgerechtigkeit, Effizienz, technische Lösungen und Wissenschaftlichkeit im Vordergrund stehen. Hierzu gehört auch, landwirtschaftliche Produktion zukunftsfähig zu gestalten und einen Innovationsrahmen für neue genomische Techniken zu schaffen. Denn mit diesen Werkzeugen haben Landwirtinnen und Landwirte die Möglichkeit, effizient und ressourcenschonend zu arbeiten und gleichzeitig Ernten zu sichern. Dies dient dem Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz und ermöglicht es gleichzeitig, die landwirtschaftliche Produktion an die Herausforderungen des Klimawandels anzupassen.

Zur Ernährungssicherung in Deutschland und Europa gehört es auch, unseren Tierhaltern eine Perspektive zu geben. Bereits jetzt kapitulieren viele Tierhalter vor den aktuellen Herausforderungen, hohen Auflagen und fehlender Unterstützung durch die Politik. Die Folge wird sein, dass eine Selbstversorgung mit tierischen Produkten nicht mehr sichergestellt sein wird und neue Abhängigkeiten von Drittstaaten entstehen werden. Das vorgelegte Gesetz zur Tierhaltungskennzeichnung ist nicht in der Lage, unseren Betrieben eine Perspektive zu geben, sondern wird im Gegenteil dazu führen, dass sich das Höfesterben massiv beschleunigt. Mit der sogenannten Borchert-Kommission liegt ein tragfähiges Konzept im Sinne unserer Landwirtinnen und Landwirte auf dem Tisch, das unverzüglich umgesetzt werden muss.

Der Nutzungsdruck um Wasser nimmt auch in Deutschland zu. Dabei ist Wasser das wichtigste Grundnahrungsmittel und zugleich existenziell für den Anbau aller weiteren Lebensmittel. Es ist zu beobachten, dass die Niederschläge im „hydrologischen Jahr“ an vielen Orten abnehmen und sie sich zugleich auf den Anfang des „hydrologischen Jahres“ verlagern; damit stehen sie insbesondere Sommerkulturen eingeschränkter zur Verfügung. In vielen Regionen Deutschlands war das Wassermanagement in den vergangenen Jahrzehnten auf „Entwässerung“ angelegt. Daher braucht es einen neuen und umfassenden Umgang mit dem knappen Gut Wasser.

